

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 20.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241.

Hannover
Sonnabend, 4. Oktober 1902.

Geschäftsinserte pro Spalten-Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Aannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nilolaistr. 46.

11. Jahrg.

Ausschreibung.

In Ausführung des Beschlusses des sechsten ordentlichen Verbandstages (Siehe Protokoll, Seite 73) hat der Vorstand beschlossen: Im Gau 13 (Württemberg) und im Gau 16 (Rheinland-Westfalen) je einen besoldeten Gauvorsitzenden anzustellen.

Den Gauvorsitzenden liegt es ob:

1. die Agitation in ihrem Gau zu betreiben;
2. bei bevorstehenden Arbeits-Einstellungen und eingetretenen Aussperrungen die Interessen des Verbandes zu wahren;
3. auf Ansuchen des Verbands-Vorstandes oder aus eigenem Antriebe dem Vorstand Auskünfte über die Vorgänge und Verhältnisse in den dem Gau zugehörigen Zahlstellen zu erteilen;
4. auf Anordnung des Vorstandes Revisionen der Zahlstellen vorzunehmen.

Einer Vermehrung der vorhandenen Zahlstellen und einer Stärkung der Mitgliederzahl müssen sie besonders ihr Augenmerk zuwenden, dazu Versammlungen, Werkstatt- und Betriebsbesprechungen arrangieren, und nebenbei den Ausbau des Verwaltungs- und Leitungswesens in den Zahlstellen nicht aus den Augen lassen.

Die besoldeten Gauvorsitzenden erhalten ein Anfangsgehalt von 1600 Mk., steigend um 75 Mk. pro Jahr bis zu einem Höchstgehalte von 2000 Mk., und werden bei der Versicherungsvereinigung für die in der modernen Arbeiterbewegung thätigen Beamten auf Kosten des Verbandes versichert.

Verbandsgenossen, die sich um diese Stellen bewerben, wollen sich bis zum 15. Oktober bei dem Unterzeichneten melden.

Die Bewerbung ist schriftlich einzureichen. Eine kurze Beschreibung der seitherigen Thätigkeit ist beizufügen. Die Bewerber müssen eine selbstständige schriftliche Arbeit über die Lösung der den Gauvorsitzenden zugewiesenen Aufgaben einreichen. Kenntniß der sozialpolitischen Gesetzgebung ist erwünscht.

Die Gauforenzen haben das Vorschlagsrecht. Die Anstellung erfolgt durch den Vorstand unter Zustimmung des Ausschusses.

Hannover, 14. September 1902.

J. N.: Aug. Brey.

Verbandstagsbeschlüsse,

die mit dem 1. Oktober 1902 in Kraft treten.

§ 2. Abs. 1. Gewährung von Rechtschutz in Streitigkeiten, welche aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie der Krankheit, Unfall- und Invalidenversicherung erwachsen, nach Ablauf einer 12monatlichen Karenzzeit.

Letzter Absatz. Sämtliche von der Verbandsleitung an die Mitglieder zu gewährenden Unterstützungen sind freiwillig. Ein Recht der Klage steht den Mitgliedern gegenüber dem Verbande hierüber nicht zu. Vom Verbandsvorstand resp. Ausschuss kann Unterstützung erst gewährt werden, nachdem die Mitglieder 12 Monate dem Verbande angehören, 52 Wochenbeiträge bezahlt haben und mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind.

§ 3. Zum Beitritt berechtigt sind alle Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Hierunter sind zu verstehen: alle Arbeiter, welche kein bestimmtes Handwerk betreiben, sowie alle solche gewerblichen Arbeiter, denen es durch die Lage der örtlichen Verhältnisse nicht ermöglicht ist, sich ihren Branchen-Organisationen anzuschließen. Dieselben müssen das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben und das Verbandsstatut als für sich rechtsverbindlich anerkennen. Mitglieder, welche aus ihrem Verne scheiden, können Mitglieder des Verbandes bleiben. Mitglieder, welche vor ihrem Eintritt einer anderen Gewerkschafts-Organisation angehört und sich ordnungsmäßig abgemeldet haben, wird die Dauer der Mitgliedschaft auf die bei uns geltenden Karenzzeiten angerechnet. Auf etwa zu gewährenden Arbeitslosen-Unterstützung hat diese Bestimmung jedoch keine Geltung.

§ 6. Die Zahlstellen haben das Recht, mit Zustimmung des Vorstandes einen lokalen Extrabeitrag zu erheben.

Abf. 2. Für vollgesteuerte Mitgliedsbücher werden neue verabsolgt. Ersahbücher haben auf dem Titelblatt links oben den mit einem Stempel aufgedruckten Vermerk „Ersahbuch“ und die beim Ausstellen auszufüllende Jahreszahl zu tragen. Solche Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, haben etwa von ihnen geschuldete Beitragsreste vorher zu bezahlen. Vor Tilgung der Beitragsreste darf keinem ehemaligen Mitgliede des Verbandes ein Mitgliedsbuch verabsolgt werden.

Abf. 6. Die Beiträge sind bei Auszahlung der Streikunterstützung und allen statutarisch zu gewährenden Unterstützungen in Abzug zu bringen. Während nachgewiesener Arbeitslosigkeit, sowie bei arbeitsunfähigen Kranken ruht die Beitragspflicht für drei Monate, in besonderen Fällen kann Beitragsbefreiung auf Antrag eines Mitgliedes durch den Vorstand für sechs Monate gewährt werden.

Abf. 8. Mitglieder, die während ihrer Mitgliedschaft invalide geworden sind, können Mitglied des Verbandes

bleiben. Sie haben einen Wochenbeitrag von 10 Pf. zu bezahlen und dafür nur Anspruch auf Vieferung des „Proletarier“, Kranken- und Sterbegeld.

Zu Abf. 9. Erster Satz. Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden oder ins Ausland reisen und sich ordnungsmäßig am Wohnorte abgemeldet haben, können 14 Tage nach ihrer Rückkehr, gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches, dem Verbande unentgeltlich wieder beitreten und ist in diesem Falle das alte Mitgliedsbuch abzunehmen und dem Verbandsvorstand einzuwenden.

Abf. 9. Für Mitglieder, bei denen die Beitragspflicht ruht, werden für die fehlenden Beitragsmarken vom Vorstande gelieferte Freimarken gestellt. Diese Marken sind nur von dem Bevollmächtigten einzulösen.

§ 7. Zusatz: ... oder sich weigern, die in der Mitgliederversammlung beschlossenen, vom Vorstand gutgeheißenen Extrabeiträge zu bezahlen.

§ 9. Absatz 3 soll lauten: Im Todesfalle eines Mitgliedes kann den Hinterbliebenen bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 25 Mk., bei 208 Wochenbeiträgen 35 Mk. und bei 260 Wochenbeiträgen 50 Mk. Sterbegeld gewährt werden.

Im Absatz 6 anstatt der Worte: „zwei Jahre dem Verbande angehört haben“, heißt es nun: „104 Wochenbeiträge geleistet haben“.

§ 10. Das Wort „öffentlich“ ist gestrichen.

Zusatz: Diese Unterstützung wird nur 13 Wochen lang gewährt. Die zu unterstützenden Kollegen haben sich täglich einmal an einer von den Bevollmächtigten und Revisoren zu bestimmenden Stelle unter Vorlegung ihrer Invalidenkarte zur Kontrolle zu melden. Bei Mitgliedern, die eine besonders rege Verbandsthätigkeit entfaltet haben, hat der Vorstand ein Recht, eine Ausnahme bei der Dauer der Unterstützung zu machen.

§ 13. Die Abrechnung muß sich auch über die Lokalkasse unter Einstellung des Lokalkassenbestandes erstrecken.

§ 15. Absatz 1. Anstatt „Revisoren“ heißt es: „1. und 2. Vorsitzenden“.

§ 16. Absatz 5 wird gestrichen. Absatz 8: Zahlstellen von 500 Mitgliedern können einen Delegierten wählen. Die, an denen mehr wie 500 Mitglieder sind, können nur auf je 800 weitere Mitglieder einen Delegierten mehr wählen, kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 500 Mitgliedern vereinigt.

Streitreglement.

§ 13. Schlusssatz: Für die ersten vier Werktage des Streiks oder der Aussperrung wird Unterstützung aus der Verbandskasse nicht gewährt.

Einstimmig angenommene Resolution:

Nachdem der Verbandstag es für zulässig erachtet hat, daß die freiwilligen Beiträge zum Streikfonds in Höhe von 25 und 50 Pf. nach wie vor erhoben werden können; nachdem ferner der Verbandstag es für richtig erklärt hat, daß einige Zahlstellen von den im Laufe der Beschäftigten und anderen Kollegen Extrabeiträge in genannter Höhe bereits erheben, empfiehlt der Verbandstag allen Zahlstellen, in denen im Laufe der Beschäftigten Kollegen Mitglieder sind, dafür zu sorgen, daß Letztere Gelegenheit erhalten, Extrabeiträge zu leisten.

Geschäftsordnung.

Zusatz zu § 3. Absonderungen in den bestehenden Zahlstellen, Verschmelzung mehrerer Zahlstellen u. s. w. bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.

Zeitungsgreglement.

Zu Abs. 1. Wenn Mann und Frau Mitglieder des Verbandes sind, erhält die Frau die „Gleichheit“.

Resolution:

Berichte aus den Zahlstellen, welche kein öffentliches Interesse besitzen, wie Vorschläge von Bevollmächtigten, Berichte über die Thätigkeit der Gewerkschaftsstellvertreter, Festlichkeiten, Berichte der Revisoren, Abrechnungen zc. finden im „Proletarier“ keine Aufnahme. Annoncen über Familienereignisse, Gratulationen u. s. w. sind aus dem „Proletarier“ heraus zu lassen. Der dadurch gewonnene Raum wird für Artikel sozialpolitischen Inhalts verwendet.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie

wurde am Abend des 14. September in München eröffnet und hatte am 20. September nach Ablauf der sechsten Nachmittagsstunde sein Ende erreicht. Er erfreute sich einer zahlreichen Beteiligung. Es waren anwesend 205 Delegierte, 37 Reichstagsabgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure, vier Vertreter von offiziellen Parteigesellschaften und 12 auswärtige Gäste. Raummangels halber müssen wir uns auf die Wiedergabe einiger Dinge beschränken, die wir dem gedruckten vorliegenden Bericht entnehmen.

Für den Braust gegen den Wucher- und Hungertarif sind 3431784 Unterschriften gesammelt worden. Die Ballen, in denen die Petition dem Reichstag zugeht, wogen zirka 15 Zentner. Interessant sind die Gründe, mit denen in Sachen Versammlungen aufgeloßt werden:

Zusatz 15 kann in Sachen eine Versammlung werden, wenn der Redner in „schreiendem“ Tone Mißstände bespricht (Reichensack t. B.), wenn es dem überwachenden Beamten an den Beinen friert (Plauenischer Grund), wenn vom Teufel gesprochen wird (Plauenischer Grund), wenn die Zukörer dem Redner Beifall spenden bei einer Wortentziehung (Mittweida),

wenn dem Beamten die Versammlung zu lange dauert (Maulitz),

wegen Ausbleibens gegen die Behörde (Gartha) u. s. w.

Gleich von vornherein kann eine Versammlung verboten werden, wenn der Redner vorbestraft ist (Mittweida, Waldheim, Simbach, Falkenstein, Delsbrück t. B.),

weil die Tagesordnung eine Beleidigung eines Landtags-Abgeordneten enthält (Pegau),

weil die Volkstribunen aufgestachelt werden können (Grimma),

weil aus der Tagesordnung der Zweck der Versammlung nicht ersichtlich ist (Reichensack),

weil die Behörde über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses nicht informiert ist, Verbot des betr. Tagesordnungspunktes (Brandis),

weil die Behörde keine Zeit hat, sich nach dem Einberufer zu erkundigen (Meißen),

weil die Amtshauptmannschaft in ihrem eigenen Bezirk nicht genau Bescheid wußte (Kochlitz-Taucha),

weil die Polizei des Ortes zur Ueberwachung nicht ausreicht (Dittendorf-Drilla),

weil über das Thema nicht gesprochen werden darf (Plauenischer Grund),

weil Landestruar angeordnet ist (Söbaw),

weil der Nachweis nicht erbracht ist, daß der Besitzer des Versammlungsortes seine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt hat (Oberlunnendorf).

Die Gesamt-Einnahmen des Berichtsjahres übersteigen die des Vorjahres in runder Summe um 20 000 Mark, während die als die eigentlichen Parteibeiträge zu betrachtenden allgemeinen Einnahmen mit rund 600 Mark hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben sind. Die immer noch andauernde wirtschaftliche Krise hat besonders während des Winterhalbjahres sehr ungünstig auf die Klassenverhältnisse eingewirkt, und ihr ist in der Hauptsache auch der starke Rückgang im Ueberschuß des „Vorwärts“ — 20 000 Mark weniger als im Vorjahre — zuzuschreiben.

Die Ausgaben beziffern sich auf 323 372,94 Mark, davon für allgemeine Agitation 69 495,85 Mark, für Wahlagitation 18 393,65 Mark, Unterstützungen 37 398,65 Mark, Prozeß- und Gefängnislosten 3852,50 Mark, Reichstagskosten 28 045 Mark, Gehälter und Verwaltung 16 895,58 Mark, Prekunterstützungen 42 632,55 Mark und Diverses.

Mehr als 50 Jahre sind es, was an Gefängnis- und Zuchthausstrafen im letzten Jahre von deutschen Gerichten in Strafprozessen erkannt ist, die sich aus der Arbeiterbewegung herleiteten. Ein erheblicher Bruchteil dieser Freiheitsstrafen — besonders auch die 3 Jahre Zuchthaus — sind erkannt worden gelegentlich der großen Prozesse wegen Landfriedensbruch, die aus tumultuarischen Vorgängen gelegentlich der großen Streiks in Köslin (Maurer) und Gommern (Steinarbeiter) sich abspielten. Auch die neueste Erfindung auf dem Gebiete der Rechtsprechung, die Verurteilung streikender Arbeiter wegen „Erpressung“, hat zu den 50 Jahren manches Opfer geliefert. Auf das Konto der Sonnenbrief-Prozesse sind ca. 2 Jahre zu setzen, von denen auf die drei Redakteure des „Vorwärts“, John, Schmidt und Schröder, allein 17 Monate entfallen.

Bitte, bei der Wahrheit bleiben!

Durch die vielen und großen Streiks, welche der Verband der Bauarbeiter in diesem Jahre durchzukämpfen gezwungen war, ist die Klasse desselben soweit erschöpft, daß der Vorstand und Ausschuss einen Extrabeitrag erheben mußten.

Wie viele Maßnahmen, welche von Vorstand und Ausschuss irgend eines Verbandes getroffen werden, den Unwillen einer Anzahl Mitglieder hervorrufen, so auch die Ausschreibung des Extrabeitrages im Bauarbeiter-Verband. Eine große Anzahl von Mitgliedern, ja ganze Zahlstellen haben diesen Extrabeitrag verweigert und mit dem Austritte gedroht. Gegen diese Mitglieder, welche in normalen Zeiten die Vortheile des Verbandes genossen, aber in der Noth ihre Hilfe verweigern, wendet sich der Vorstand des Bauarbeiter-Verbandes in Nr. 37 und 38 des Organs „Der Arbeiter“ in je einem Artikel, überschrieben „Beitragsleistung und Leistungsfähigkeit in unserem Verbande“.

Er ruft in diesen Artikeln seine Mitglieder zur Pflicht, das ist seine verdammte Schuldigkeit! Aber kann er diese nicht thun, ohne uns dabei in die Waden zu kneifen und uns anzuklaffen? Ist er verpflichtet, in höchst wahrheitswidriger Weise den Anschein zu erwecken, als warteten wir nur darauf, mit offenen Armen die aufzunehmen, welche in seiner Organisation auskreifen? Er weiß aus Erfahrung, daß wir dazu absolut keine Neigung haben. Denn es ist ihm nicht

unbekannt geblieben, daß seine Zahlstelle Sprendlingen, trotzdem sie aus Fabrik- und Ziegeleiarbeitern besteht, eine recht deutliche Abfolge erhalten hat, als sie Uebertrittsgeliste zeigte. Wollte der Artikler in sachlicher und der Wahrheit entsprechender Weise verfahren, dann mußte er seinen unzufriedenen Mitgliedern sagen: Der Verband der Fabrikarbeiter nimmt annähernd so viele Beiträge wie wir, er will opferfreudige Mitglieder wie wir, er bedankt sich, „Ausreißer“ aufzunehmen. Eine derartige Zurechtweisung hätte auch dazu beigetragen, ein Verhältnis anzubahnen, wie es zwischen zwei Organisationen, die auf dem wirtschaftlichen Kampfesplatz sich oftmals begegnen, bestehen sollte.

Aber wie verfährt der Genosse, welcher den Artikel auf dem Gewissen hat? Er liest uns den Text! Er maßt sich an, über unsere Agitationschriften das Amt des Zensors und des Korrektors auszuüben. Ihm am allerlehten gesehen wir das Recht und die Fähigkeit zu einem solchen Amte zu. Er schreibt:

Als Mutterorganisation, die mit ihren niedrigen Beiträgen so unendlich viel leistet, wird uns immer der Fabrikarbeiterverband gepriesen, und auch in den zu Anfang erwähnten Erwähnungen aus den Zahlstellen finden sich derartige Hinweise, vermisch mit der Drohung, daß man mit klingendem Spiel und flatternden Fahnen zum Fabrikarbeiterverband übertreten will. So leid es uns auch sein mag, wenn sich Mitglieder von uns absondern, so können wir in gewisser Hinsicht nur wünschen, daß diese Scheidung, die wir früher schon einmal befürwortet haben, sich sobald wie möglich vollzieht. Diejenigen Kollegen, die noch etwas Einsicht besitzen, werden dann sehr bald sehen, daß es mit der Billigkeit im Fabrikarbeiterverband so seine eigene Bewandnis hat. Oberflächlich betrachtet, scheint der Fabrikarbeiterverband seinen Mitgliedern trotz der geringen Beiträge „goldene Berge“ zu garantieren und es muß hier einmal ausgesprochen werden: in den sogenannten „Bedrücken“, die der Vorstand als Agitationschriften verbreiten läßt, versteht derselbe es ganz vorzüglich, den denkfaulen, nicht Ibsen noch Rembrandt Arbeitern Honig um den Bart zu schmieren, so daß sie begierig darnach lecken. So heißt es in einem solchen „Bedrücken“, daß in den letzten zwei Geschäftsjahren aus der Verbandskasse 226 961,79 M. zur Unterstützung kämpfender Kollegen bewilligt wurden. Eine respektable Leistung bei einem wöchentlichen Beiträge von 15 Pf., so wird Jeder sagen, der diese Zahlen liest. Doch in Wirklichkeit sieht die Sache anders aus. Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes verschweigt hier, daß der weitaus größte Teil von der angegebenen Summe aus freiwillig festgelegten Extrabeiträgen stammt. Es ist dies ein Verfahren, das von der unläutereren Konkurrenz nicht zu untercheiden ist und weswegen der Fabrikarbeiterverband schon oftmals und mit vollem Recht des Mitgliederzuges beraubt wurde.

Der Schreiber vorstehender Zeilen hat darin den Beweis erbracht, daß „Denken“, „Lesen“ und „Rechnen“ ihm die Zensur „genügend“ nicht einbringen.

Wir erheben einen Beitrag zum Streifonds von 5 Pf. pro Mitglied und Monat. Wenn sämtliche Mitglieder diesen Beitrag bezahlen, so bringt das bei 31 947 Mitgliedern in zwei Jahren eine Summe von 38 336 M. 40 Pf. In Wirklichkeit hat sich diese Summe durch außerordentliche Leistungen und Zuwendungen auf 45 263 M. 38 Pf. erhöht! Ist diese Summe nun der weitaus größte Teil des Betrages von 226 961 M. 79 Pf. feinnig? Ueber eine solche Rechnung würde der selige Adam Riese den Kopf schütteln.

Auf diese rechnerische Leistung begründet der Schreiber der Artikel den Vorwurf, wir betrieben Mitgliederzang!

Zum Teufel! Welche Organisation war es doch, die vor Jahr und Tag ihrem offiziellen Titel noch die Worte „gewerbliche Hilfsarbeiter“ anhäng, um mit Erfolg auf den Mitglieder-gewinn gehen zu können? Etwa unsere? Der Schreiber der Artikel stellt zum Vergleich die Leistung seiner Organisation und unserer gegenüber. Er schreibt:

Nach dem im August d. J. erstatteten Geschäftsbericht des Fabrikarbeiterverbandes-Vorstandes an die Generalversammlung in Dresden vorausgab die Quaplatte in den letzten beiden Geschäftsjahren zusammen:

Für Streifonds	102 338,34 M.	Das macht pro Jahr u Kopf der Mitgliederzahl	1,60 M.
Agitation	11 516,67	—,18	
Reiseunterstützung	7 982,22	—,12	
Umzugsgeld	7 599,52	—,12	
Sterbegeld	3 216,85	—,05	
Rechtschutz	4 517,10	—,07	
die Zeitung	27 636,92	—,43	
		2,61 M.	

Diese Leistung konnte also die Quaplatte auf Grund ihres wöchentlichen Beitrages von 15 Pf. gemessen.

Nun einmal zu unserer Verbandsbeiträgen und -Leistungen. Bekanntlich zahlen wir 20-25 Pf. und 30 Pf. wöchentlich; aber nur 44 Wochen hindurch im Jahre. Das würde auf 52 Wochen den Beitrag ungefähr 17, 21-25 Pf. ausmachen. Es ergibt sich also, daß die Leistung des wöchentlichen Beitrages in Wirklichkeit nur sehr gering ist. Und was leistet unsere Verbandskasse nach den Berechnungen des vorigen Jahres vorausgab:

Für Streifonds	75 242,27 M.	Das macht pro Jahr u Kopf der Mitgliederzahl	4,29 M.
Agitation	6 593,17	—,10	
Reiseunterstützung	3 565,55	—,05	
Umzugsgeld	—	—	
Sterbegeld	3 216,85	—,05	
Rechtschutz	3 216,85	—,05	
die Zeitung	28 636,92	—,45	
		6,12 M.	

6,12 M. — Ganz, der „nicht rechnen kann“ würde man 7,13 M. addieren!

Verband mit uns unseren Leistungen zu. Die Summe von 102 338 M. stellt nur einen Teil der Leistungen dar, und zwar den, der als Aufwand zum Streifonds aus der Quaplatte gegangenen ist. Dem 1. d. d. 1900 bis 1. d. d. des letzten Jahres war ein 37 316,33 M. Streifondsbeitrag aus der Quaplatte bestritten, was seinen Anteil einem Betrag von 139 654 M. 38 Pf. im Vergleich erheben, dann

muß man gleiche Zeitperioden gegeneinander abwägen. Von diesem Brauch geht der „Arbeiter“ ab. Auch versteht er anzuführen, was wir für Gemahregeltesten. Warum fehlt letztere Summe, paßt sie nicht recht zu dem Vergleich?

Wir lassen nur zur Richtigstellung die Leistungen der beiden Verbände nach den Berichten an die Generalkommission für das Jahr 1901 folgen:

Für Streifonds	75 242,27 M.	pro Mitglied 4,29 M.
Agitation	6 593,17	—,10
Reiseunterstützung	3 565,55	—,05
Umzugsgeld	—	—
Sterbegeld	3 216,85	—,05
Rechtschutz	3 216,85	—,05
Gemahregeltesten	1 724	—,03
die Zeitung	28 636,92	—,45
		6,12 M.

Unsere Organisation leistete:

Für Streifonds	147 457 M.	pro Mitglied 4,63 M.
Agitation	7 241	—,11
Reiseunterstützung	4 442	—,07
Umzugsgeld	—	—
Sterbegeld	9 292	—,14
Rechtschutz	2 186	—,03
Gemahregeltesten	9 971	—,15
die Zeitung	14 170	—,21
		6,12 M.

Nicht wahr, diese Biffern sind etwas anders! Damit läßt sich die Behauptung, der Verband der Bauarbeiter habe unsere Organisation in allen Punkten überflügelt, nicht beweisen. Wie sieht die Genossen in Zukunft so freundlich, uns aus dem Spiele zu lassen, wenn sie ihre Mitglieder für Maßnahmen gewinnen wollen, deren Berechtigung anzuzweifeln uns keinen Augenblick beigelommen ist. Wenn sie aber schon meinen, ohne uns geht es nicht, dann sollen sie wenigstens die alte Dame Wahrheit nicht in Gefahr bringen, Schaden nehmen zu müssen.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands.

Von Anton Drapp, Wörth (Zahlstelle Frankfurt).

Der allgemeine Aufschwung der deutschen Gewerkschaften, welcher nach dem Jahre 1895 eintrat, stärkte nicht nur die Kampfeslust und Kampfesfähigkeit der einzelnen Berufsorganisationen, er steigerte vor Allem das Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiter und gab ihnen das Vertrauen in ihre eigene Kraft wieder. Zwölf Jahre lang durch ausnahmsgezügliche Uebergriffe in ihrer freien Entwidlung gehemmt, abgehebt durch die Verfolgungen des Sozialistengesetzes, lagen unsere Arbeiterorganisationen 1890 schwer darnieder. Die Folgen der wirtschaftlichen Krise im Anfang der neunziger Jahre konnten trotz des Heroismus schwacher und vielfach noch hilflos zerplitterter Gewerkschaftsverbände der deutschen Arbeiterschaft nicht erpart bleiben. Mit tiefer Erbitterung blickten die damals schon in wirtschaftlicher Beziehung am schlechtesten gestellten ungelerten Arbeiter auf die alten Unterstützungsorganisationen, wie der Buchdrucker, Bildhauer, Porzellanarbeiter u. a. m., die auch das Sozialistengesetz nicht zur Preisgabe ihrer einmal errungenen Position hatte bringen können. Die absolute politische Neutralität, welche einige von ihnen vor der willkürlichen Auflösung und vor der Bertrümmerung ihres mühsam zusammengefühten Unterstützungsgebäudes bewahrt hatte, wurde von jenen radikalen Gewerkschaften als verwerflicher Opportunismus empfunden; die ins Auge fallenden Erfolge dieser Verbände führten die noch hilflos dastehenden Gewerkschaften nicht auf die Macht der starken Organisation, sondern auf die feige Unterwerfung unter die Willkür der Behörden zurück. Damit war aber auch das Todesurteil über die Unterstützungsorganisationen, vor Allem aber über die „zur Verumpfung“ führende Arbeitslosenunterstützung“ gesprochen. Die Punkte also, welche bis zum heutigen Tage von manchen Seiten auf den Verbandstage: „moderner“ Arbeiterorganisationen gegen diesen Unterstützungsweig (Arbeitslosenunterstützung) ins Feld geführt wurden, sind nach meiner Ansicht aus der Kumpfkammer unserer deutschen Gewerkschaftsentwidlung hervorgeholt. Nach den Jahren 1895/96 machte sich allmählich eine bessere Geschäftskonjunktur fühlbar und mit den äußeren Erfolgen der Gewerkschaften wuchs auch das Bedürfnis, einmal in eigener Cause Einkehr zu halten und an den inneren Ausbau der Organisation zu gehen. Nach und nach richteten sich die Blicke unserer Gewerkschaftler, das krankhafte Mißtrauen der Verfolgten, Verelendeten und der objektiven Kritik, die Gleichgültigkeit wurde durch gesunde Schaffensfreudigkeit verdrängt. Fast auf allen Verbandstagen unserer größeren Arbeiterorganisationen stand in den nächsten Jahren die Einführung neuer Unterstützungsweige, und vor Allem die Arbeitslosenunterstützung auf der Tagesordnung. Einige deutsche Zentralverbände, vor Allem der maßgebendste, der Deutsche Metallarbeiterverband, haben nach langen hitzigen Debatten die Arbeitslosenunterstützung angenommen. Andere Organisationen, und so auch unser Verband, hielten es aus praktischen Gründen für geboten, bei der Uebernahme so weitgehender Verpflichtungen mit äußerster Vorsicht und nur auf Grund wohlgegründeten und statistischen Materials vorzugehen und haben deswegen bis auf Weiteres immer die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vertagt. Während vor zwei Jahren die überwiegende Mehrheit der Delegierten noch gegen die Einführung dieses Unterstützungsweiges war, hauptsächlich in der Meinung, daß die allzu eingehende Beschäftigung mit Unterstützungsorganisationen der Gewerkschaft ihren Kampfes-

Charakter nehmen würde, so war es diesmal anders, es wurde während dieser Zeit mancher der Delegierten vom Saulus zum Paulus. Die Bedenken, welche 1900 gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung laut wurden, sind schon größtenteils praktischer Natur: vor Allem scheute man sich, den Mitgliedern die durch nothwendige Erhöhung der Beiträge aufzubürden und äußerte die Befürchtung, daß unsere Verbandsklasse nicht im Stande sein werde, bei großen Ausparierungen oder gar während einer wirtschaftlichen Krise — wie wir jetzt uns in einer befinden — die Anzahl der Arbeitslosen über Wasser zu halten. Natürlich fehlt es auch nicht an Rednern, welche unserer so weit vorgeschrittenen Sozialreform — mit der heillosen unter unseres Deutschland an letzter Stelle mit Rücken immer Hinternach hint — und unseren großen Sozialpolitikern am Regierungstische in Berlin durch die so arg verpönte Selbsthilfe der Arbeiterorganisationen nicht ins Handwerk pfechten wollten. Das, was für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung spricht, nämlich die Bekämpfung der Lohnrückerei und die Erreichung eines stabilen Mitgliederstandes durch die Erhöhung der materiellen Leistungen unseres Verbandes, findet wenig Berücksichtigung von Seiten mancher Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Zunächst einmal ist durchweg zu beobachten, daß die Gegner der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung den Vater Staat oder die Gemeinde in der Sorge für die Arbeitslosen zu betrauen suchen, während die weiterblickenden Gewerkschaftler den Arbeiterorganisationen diese verantwortungsvolle Pflicht zuweisen wollen, in der festen Ueberzeugung, daß die staatliche und kommunale Arbeitslosenunterstützung nicht eine unvorbereitete Arbeiterschaft überrumpeln dürfe, sondern daß es ihr zu kommen werde, schon bestehende, durch die Arbeiter selbst geschaffene Einrichtungen zu sanktionieren und zu subventionieren. — Ich behaupte, das heutige Krankenfussengesetz wäre nicht in dem Maße ausgebaut, wenn nicht die freien Hilfskassen vorher gewesen wären. — Die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung hoffen durch sie einen klaren Ueberblick über den Arbeitsmarkt und damit über die ganze Geschäftskonjunktur zu gewinnen, und wollen in Anbetracht der heutigen Lage der Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit zur materiellen Pflicht des Verbandes machen, indem sie gerade durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine Verringerung der Zahl der zu unterstützenden Arbeitslosen erzielen wollen. Die Gegner scheinen zum Theil für diese tiefere soziale Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung wenig — sehr wenig Verständnis zu haben. Sieht man sich die Gegner etwas näher an, die aus prinzipiellen Gründen gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wettern, so entdeckt man manchmal, daß sie wenigstens so konsequent sind, im Grunde genommen jede materielle Unterstützung durch den Verband zu verwerfen.

Entschieden gewichtiger sind die praktischen Gesichtspunkte, welche manche Mitglieder gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung etwas skeptisch stimmen. Unser Verband ist nach meiner Ansicht auch ein Industrieverband, d. h. er vereinigt in sich die Arbeiter verschiedener Industrien, die unter den denkbar verschiedensten Arbeitsbedingungen beschäftigt sind. Viele Mitglieder unseres Verbandes haben unter langer und äußerst regelmäßig wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu leiden — als Saisonarbeiter —, während Andere wieder in festem Arbeitsverhältnis stehen, das nicht dem Einflusse der Witterung unterworfen ist. Da einen für jedes Mitglied wichtigen Ausgleich zu finden, ist Sache des nächsten Verbandstages.

Mehr Bildung.

Der Feind, den wir am meisten hassen, Der uns umlagert schwarz und dicht, Das ist der Unverstand der Massen, Den nur des Geistes Schwert durchdringt. U d o r f.

44 000 Neuaufnahmen im Verlauf von 2 Jahren! Welch ungeheure Arbeit der Zentral-, Gau- und Lokalverwaltungen, welche Opfer an Zeit, Geld und Gesundheit der Agitatoren liegt in diesen Zahlen begraben! Wie viel ungezügelter Hundstausende von Stunden mögen wohl nothwendig gewesen sein, um dieses glänzende Resultat zu erzielen! Und doch ist diese Riesearbeit nahezu unumstößlich gewesen; sind doch im gleichen Zeitraum nicht weniger als 42 000 Kollegen, die für den Verband gewonnen waren, wieder abgefallen. Feige, hoffnungslos haben sie die Glinte ins Korn geworfen; mit dem Verzeihungsruf: „Es muß ja doch nichts!“ sind sie wieder ins alte Geisteslumpen, in den alten Stumpfsinn zurückgefallen.

Diese eminente Fluktuation der Mitglieder war von jeder das Schergenkind unseres Verbandes. Wohl hat man versucht, dem entgegen zu arbeiten, indem man die Unterstützungen vermehrte und erweiterte. Und sicher haben diese Palliativmittel auch nicht zu unterschätzende Vorzüge, die Summen, die in den letzten Jahren dafür ausbezahlt wurden, erreichten thatsächlich eine recht ansehnliche Höhe.

Doch als Allheilmittel dem Mitgliederwechsel gegenüber konnten sie sich nicht bewähren. Nun plant man die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Im November wird die Entscheidung fallen. Sollte sie eingeführt werden, was im Interesse der Mitglieder nur zu wünschen wäre, so wird damit ohne Zweifel ein Mittel geschaffen sein, geeignet, die Kollegen fester an die Organisation zu fesseln, als bisher.

Doch auch dies darf uns nicht genügen; der Einwand, der von den Gegnern der Arbeitslosenunterstützung gemacht wird, daß nämlich durch die damit verbundene Beitragserhöhung viele alte Mitglieder verloren gingen, mag nicht unüberwunden bleiben. Aber dann drängt sich uns erst recht die Frage auf, woher kommt es denn, daß trotz aller Mühen von Seiten der Organisation, die Mitglieder nach jeder Sitzung hin zu unterstützen, diese bei jeder Gelegenheit sagnenflüchtig werden? Und auf diese Frage gibt uns der verlorbene Arbeiterdichter Audorf in der oben zitierten Straßer seiner Arbeitermarktliese die einzig richtige Antwort: Der Unverstand der Massen. Dieser treffen aber diese Worte nicht bloß auf die fernstehenden, indifferenten Arbeiter zu, sondern auch auf mindestens 30 P. ca.

sofort entlassen werden. Am 22. August tagte die Versammlung, am 23. erhielt der Kollege vom Meister Brandt einen Zettel, womit derselbe sofort seinen Lohn und Entlassungsschein holen müßte. Auf dem Zettel stand: Wegen reger Theilnahme an einer sozialdemokratischen Versammlung entlassen. Die Firma Farbenfabriken vormals Bayer u. Co. verfügt über ein Aktienkapital von 12 Millionen Mark. Man vergegenwärtige sich, daß die Vertreter dieser Millionen-Firma sich anständig machen, dem Arbeiter die Ausübung des Versammlungsrechtes unmöglich zu machen, und man kann die Summe der Knechtung und Unterdrückung ermessen, unter welcher die Arbeiter stehen. Leider finden sich in den Reihen der Arbeiter noch Subjekte, die den Geldfürsten Schergendienste leisten und die Versammlungsbesucher ausspähen und verrathen! Pfui! über solche Knechtsgeelen.

Lübeck. In der Mitgliederversammlung am 16. September wurde zunächst ein Antrag der Bauarbeiter behandelt. Die Bauarbeiter haben sich am Orte einen Reservefonds gegründet, zu diesem bezahlten sie im August und September 1,60 Mk. pro Mitglied; nun sollen die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes, die auf Bauten beschäftigt sind, auch 1 Mk. dazu bezahlen. Sämmtliche Redner sprachen sich ganz entschieden dagegen aus, Gelder in die Kasse der Bauarbeiter zu bezahlen, wo sie nach dem kein Bestimmungs- und Verfügungsrecht darüber hätten. Das Ansinnen der Bauarbeiter wurde denn auch nach längerer Debatte einstimmig abgelehnt. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Bauarbeiter ihre Drohung wahr machen werden: „Wenn die Fabrikarbeiter nicht bezahlen, beschließen wir in unserer nächsten Versammlung, nicht mehr mit den Fabrikarbeitern zusammen zu arbeiten.“ (Da sind auch wir neugierig. D. R.) Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit der Köchischen Schiffswerft, wo 11 Kollegen gemahregelt worden sind. Der Grund ist kurz folgender: Im August hatten die Flaggenarbeiter eine Schute mit Eisen zu lösen in Alford. Als die Schute beinahe leer war, wurde ihnen von dem Vorarbeiter Schacht erklärt, die Schute enthalte 30 Tons. Dieser Inhalt kam den Arbeitern aber nach ihrer geleisteten Arbeit zu wenig vor, sie glaubten, daß es wenigstens 40 Tons sein müßten. Auf ihre Frage, woher Schacht es denn wisse, daß es 30 Tons wären, erklärte Schacht, aus dem Komptoir. Hierauf erklärten die Arbeiter, daß sie es für 30 Tons nicht annehmen könnten, worauf Schacht ganz einfach sagte, wer für 30 Tons nicht arbeiten will, kann machen, daß er aus der Sparte kommt. Da es gleich nach Mittag war und im Komptoir Niemand anwesend war, verließen sämmtliche beteiligten Arbeiter die Werft. Um 3 Uhr wurden nun ein paar Kollegen vorstellig bei Herrn Koch, und dieser erklärte nun, daß sie es selbst noch nicht wüßten, wie viel Eisen darin sei, weil sie die Papiere noch gar nicht erhalten hätten, sie sollten um 6 Uhr noch mal wiederkommen. Um 6 Uhr wurde ihnen nun von Herrn Koch gesagt, daß sie recht gehabt hätten, denn es wären 40 Tons Eisen in der Schute gewesen und sie sollten am anderen Morgen wieder an ihre Arbeit gehen. Da die Arbeiter sowieso schon immer mißtrauisch gewesen waren, daß sie von Schacht hinter den Rücken geführt würden, war durch diese Handlungsweise das Maß voll geworden. Er halte den Arbeitern schon häufig Versprechungen gemacht und sie später nicht gehalten. Die Arbeiter riefen deshalb eine Vertikationskommission ein, um zu beraten, wie diesen Mißständen am besten abzuwehren sei. Auch der Bauvorstand wurde zu dieser Sitzung eingeladen. Aus dieser Sitzung wurden nun die Mißstände durch den „Lübecker Volksboten“ an die Öffentlichkeit gebracht. In dieser Sitzung wurde beschlossen, jeden Monat eine Vertikationskommission abzuhalten. Am Donnerstag, den 11. September, tagte nun diese Monatsversammlung und am Freitag erschien abermals ein Artikel im „Volksboten“. Dieser Artikel scheint der Vertikationskommission resp. dem pp. Schacht schwer im Magen zu liegen. Am Sonnabend Morgen ließ Schacht gleich zwei Mann zu sich kommen, um von ihnen zu erfahren, wer wohl der Artikelschreiber des „Volksboten“ sei. Diese Unterredung wurde nun dadurch unterbrochen, daß ein Direktionsmitglied erschien und Schacht erklärte, das Uebrige würde sich finden. Darauf wurden Abends 11 Mann entlassen, natürlich wegen Arbeitsmangel. Wenn man auch zugestehen werden muß, daß im Ergehen und Gelingen die Arbeit augenscheinlich flau ist, so möchte doch auffallen, daß gerade 11 Mann, die sich in der Vertikationskommission frei ausgesprochen hatten und die im Afford beschäftigt sind, nämlich Eisen zu lösen für Schiff 142 und 143, wo sie noch ziemlich bis Weibhachten zu thun gehabt hätten. Diese 11 Mann sind entlassen worden, und andere Arbeiter an ihre Stelle getreten. Die Versammlung beschloß einstimmig, diese Kollegen als gemahregelt zu bezeichnen, aber von weiteren Maßnahmen angesichts der schlechten Konjunktur Abstand zu nehmen. Wie human die Vertikationskommission ist, geht daraus hervor, daß sie den entlassenen Arbeitern das Affordgeld einfach verweigert, indem sie erklärt, der Afford ist noch nicht fertig, und vorher brauchte sie nach der Vertikationskommission den Afford nicht auszubehalten, wenn der Arbeiter die Arbeit verläßt. Diefür wird aber das Gewerkschaftsgericht eingeklagen, damit die Arbeiter ihr sauer verdientes Geld bekommen.

Rußia i. Th. Es verlohnt sich vielleicht, jetzt einmal die Spalten unseres Organs in Anspruch zu nehmen, damit man weiß, daß wir auch noch existieren. Man verliert beinahe den Mut, auch nur eine Mitgliederversammlung abzuhalten, so träge und schlafmüchtig sind unsere Mitglieder. Jetzt, wo so brennende Fragen sich aufwerfen, so marastische Zustände hier herrschen, speziell in unserer größten Fabrik, die jetzt einigermaßen verhandigen Menschen mit aller Macht aufzustellen, mit aller Gewalt die Augen öffnen müßten, da zeigen sich ganze 6 Mann in unserer Versammlung, bei 50 Mitgliedern. Sind das Verbandsmitglieder? Sind das denkende Menschen? Sind das Arbeiter-Verbandskollegen? Jetzt, wo es Lohnabzüge von 25 Prozent regnet, jetzt schlaft Ihr, jetzt springt Ihr nicht auf und verläßt mit eiserner Kraft Euch Gurer Daut zu wehren? Schämt Euch! Denn wirklich, wer es mit sich selbst ehrlieh meint, der kommt doch wenigstens in die Versammlung, das ist doch das Geringste, zu was man sich mit aller Gewalt aufraffen muß. — Man muß wirklich glauben, Ihr seid damit zufrieden. Ihr habt es Euch doch selbst zugesprochen, wenn es Euch noch schlechter geht. Ihr reißt ja den Fabrikanten förmlich dazu, mit Euch zu verfahren wie mit dem geringsten Sklaven in Afrika! Darum noch einmal: Auf, jetzt, daß Ihr mich schämt! Jetzt, daß Ihr organisierte Arbeiter seid und keine Sklaven! Oder Ihr habt das, was noch kommen kann, Euch selbst zugesprochen!

Rehde. Am 10. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei von Gigen. Den Bericht vom Verbandstage erstattete Kollege Schwarz, und erledigte derselbe seine Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Danach machte Niemand bekannt, daß die diesjährige Konferenz in Bogenhof tagen würde. Hierzu stellte Kollege Schwarz den Antrag, dem Gauassistenten 20 Mk. Entschädigung aus der Kasse zu gewähren. Er begründete seinen Antrag dermaßen, daß er ohne weitere Debatte einstimmig angenommen wurde. Als Delegierter zur Konferenz wurde Kollege Schwarz gewählt. Den Rapportbericht erstattete Kollege Schwarz. Die Wichtigkeit wurde von der Versammlung anerkannt. Die weiteren Verhandlungsgegenstände boten nur ein letztes Interesse.

Sommerfeld b. Leipzig. Die hiesige Zahlstelle in Sommerfeld hat mit der von Gau und Brandis beschickten am 28. September im Braunschweigischen Zweenzentrum eine große Mitgliederversammlung abgehalten, zu der der Reichsverband

Dr. G. Liebknecht aus Berlin als Referent gewonnen war, der über das Thema: „Was die Gewerkschaften sind und was sie wollen“ sprechen sollte. Die Vorarbeiten zu der Versammlung waren alle erledigt und auch die Agitation für einen guten Besuch war in die Wege geleitet, was nötig schien, da der Gasthofbesitzer Rember in Zweenzentrum seinen Saal das erste Mal den Arbeitern zur Verfügung stellte. Doch im letzten Augenblick legten auch hier die Saalabtreter mit ihrer schändlichen Thätigkeit ein, und gelang es ihnen, den Gasthofbesitzer zum Wortbruch zu bewegen. Er zog seine mühslich und christlich gegebene Zusage zurück und erklärte sich bereit, die in Höhe von einigen 40 Mark entstandenen Kosten zu ersetzen. Unsere Mitglieder werden den Saalbesitzer nicht in die Verlegenheit bringen, organisierte Arbeiter in seinen Lokaltäten zu sehen. Er mag sich bei den dunklen Ehrenmännern für den entsetzlichen Einnahmefall bedanken. Unsere Gegner haben es fertig gebracht, daß wir in fast allen umliegenden Ortschaften keinen Saal zu Versammlungen haben und fast nur auf die mündliche Agitation angewiesen sind. Aber trotzdem geht es vorwärts, wenn jeder Kollege seine Pflicht thut. Hauptsächlich die Borsdorfer Kollegen wollen es sich gegenwärtig halten, daß ein denkender Arbeiter nur da sein Geld vergeht, wo er auch die Räumlichkeiten zur Besprechung seiner Angelegenheiten benutzen kann.

Rechen. Am 7. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Köhler erstattete den Bericht vom Verbandstage. In der anschließenden Diskussion beschwerte sich Kollege Gerth darüber, daß auch alle anderen Delegierten zu den von dem Vorstande eingebrachten Anträgen nur „Ja“ und „Amen“ sagten, und sie dann angenommen hätten. Dem widerspricht Kollege Köhler und meint, daß man etwas Gutem und sachlich Begründetem auch zustimmen könne, trotzdem es der Vorstand beantrage. Mit 15 gegen eine Stimme erklärte sich die Versammlung mit der Thätigkeit des Delegierten einverstanden. Kollege Köhler forderte dann noch zu reger Theilnahme an der im November vorzunehmenden Urabstimmung auf. Zum Schluß gab er Wege Gerth den Kartellbericht.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 17. September folgende Beträge ein:

Marxantstädt 1042,75. Griesheim 129,63. Rendsburg 138,47. Heidenau 4,—. Freienwalde 100,—. Waidlingen 29,90. Anzing 17,10. Ludwigsb. 14,—. Köpzig 1,10. Zörbig 1,10. Winterhude 70,—. Dietzsh. 48,40. Telle 9,43. Salzhemmendorf 20,—.

Schluß: Dienstag, den 30. September, Mittag 12 Uhr.

Verzichtung: Die in Nr. 17 aus Zahnd. quittierten 61,85 Mk. sind aus Zehnt.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 58912. R. Bothe, ausgestellt am 1. Juli 1899 in Osterwick.

Nr. S. 23719, ausgestellt am 10. November 1901 in Garburg auf den Namen Karl Baujuch.

Nr. 58484, ausgestellt am 10. April 1900 in Offenbach a. M. auf den Namen Wolf Alboth.

Nr. 3580, ausgestellt am 10. November 1900 in Belten auf den Namen Franz Jaffner.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Baugen. Krause, Postplatz 1. Verkehrslokal bei Paul Bogt, Gerberstraße; daselbst Reisegesamt Mittag 12 bis 1 Uhr.

Celle. Ernst Köppen, Bergstraße 31.

Germerdorf (Gau S). Gustav Bötschel, Halle a. S. (Süd). Ost. Köpfer, Nikolaistraße 11, S. II.

Kaiserlautern. Reisegesamt bei Joh. Schimmelle, Rabenstraße 3.

Lützen. Max Holzbecher, Karlstraße 15.

Potsdam. Wilh. Reichmann, Junkerstraße 9.

Radeberg. Vertrauensmann ist Paul Probst, Fabrikstraße 16.

Reinbeck (Gau 17). Georg Gebhardt, Schöningstedterstraße.

Sommerfeld. Emil Schuster, Leipzigerstraße 5 I.

Speyer. Jakob Höhl, Hasenpluhstraße.

Sterbetafel.

071, Herr Herold, geb. am 20. Juli 1868, eingetretten am 13. November 1894, gestorben am 13. Septbr. in Garburg.

65470, Rich. Meier, geb. am 18. März 1882, eingetretten am 1. Dezember 1899, gestorben am 3. Septbr. in St. Georg.

82027, Jul. Mohr, geb. am 4. April 1849, eingetretten am 6. Februar 1899, gestorben am 14. Septbr. in Elmshorn.

08834, Anna Krüger, geb. am 13. Januar 1825, eingetretten am 13. Januar 1896, gestorben am 18. September in Borsig.

78335, Fr. Bahr, geb. am 13. Oktober 1868, eingetretten am 28. Januar 1900, gestorben am 22. September in Göslin.

19185, Jul. Gjerwinski, geb. am 3. Juli 1847, eingetretten am 1. September 1899, gestorben am 19. Septbr. in Berlin.

11650, G. Böhm, geb. am 4. Oktober 1864, eingetretten am 24. Juli 1894, gestorben am 8. September in Gamburg.

An die Zahlstellen des Gau 8 (Brandenburg).

Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr, findet unsere Gaukonferenz im „Gewerkschaftshaus“ in Berlin, Eingeliefer 15, statt.

- Tagesordnung:
1. Bericht des Gauvorstandes.
 2. Beratung der gestellten Anträge und Agitation.
 3. Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verbande.
 4. Wahl des Gauvorstandes.
 5. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz und Sitz des Gauvorstandes.

Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein.

Mit kollegialischem Gruß
J. A.: Hugo Krause, Potsdam, Alte Luisenfr. 35, II.

Inferate.

Zahlstelle Barmbed.

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden statt am zweiten Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn Max Rupp, Dierichstraße 19.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist eingeladen und berechtigt, Anträge zu stellen.
1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Golditz.

Jeden dritten Sonnabend im Monat: Versammlung im Hotel „Sächsischer Hof“. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Geesthacht.

Sonnabend, den 11. Oktober, tagt im Lokale des Herrn Fr. Petersen unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Da am 12. Oktober die Maurer Geesthachts ihre Mannen weihe feiern, wozu unsere Zahlstelle ebenfalls eingeladen ist, werden die Mitglieder ersucht, sich Nachmittags um 2 Uhr bei Petersen zu versammeln.
1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Rezin.

Sonntag, den 19. Oktober, Nachm. 4 Uhr, im Remm'schen Lokale: Mitglieder-Versammlung. Da die Tagesordnung eine reichhaltige ist, fordern wir sämmtliche Kollegen auf, zu erscheinen.
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Offenbach.

Montag, den 6. Oktober, Abends 9 Uhr, im Saalbau: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege Streb.
Alle Kollegen und Kolleginnen haben wegen der wichtigen Tagesordnung zu erscheinen.
1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Oggersheim.

Sonntag, den 12. Oktober, Nachm. 2 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt: Generalversammlung. Tagesordnung:

1. Vortrag des Gauvorstandes Kollege S. Benz. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten
1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Radeberg.

Auszahlung des Lokalgeldes und der Reiseunterstützung bei Ernst Gottschalk, Goldbachstraße 9, Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 6 Uhr ab. Verkehrslokal: Restaurant „Central-Verberge“.

Zahlstelle Rothenburgsort.

Mittwoch, den 15. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei v. Otten, Regimentsstr. 137: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung:

1. Vorstandsbericht und Abrechnung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle St. Georg.

Mittwoch, den 8. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, findet unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Sommer, Hagelweg, statt. Um zahlreiches Erscheinen bitten
90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Wolfenbüttel.

Sonnabend den 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, findet im Vereinslokal des Herrn Friede, „Blauer Engel“, Gieselerstr. 17, unsere diesjährige Generalversammlung statt, wozu sämmtliche Kolleginnen und Kollegen eingeladen werden. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Potsdam.

Sonnabend, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn T. Hartmann („Victoria-Garten“) unser

Sechstes Stiftungsfest

verbunden mit Ball und Vorträgen, statt. Um zahlreichem Besuch wird dringend gebeten. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen werden hierzu freundl. eingeladen.

Das Komitee.
Donnerstag, den 16. Oktober, bei Wwe. Gieseler: Mitglieder-Versammlung. Zahlreiches sowie pünktliches Erscheinen ist notwendig.
2,10 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Tegel.

Unsern Kollegen Fritz Rlose nebst seiner werthen Braut zu ihrer Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Zahlstelle Tegel.
75 Pf.]

Unsern werthen Kollegen und Kollegin Chr. Usner und Frau, geb. Knust, ferner unserer Kollegin Elisabeth März, geb. Schäfer, und ihrem Manne Karl März zu ihrer Hochzeit nachträglich die besten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Zahlstelle Oggersheim.
75 Pf.]

Neumünster.

Bringe den Kollegen meine

Kolonial- und Fettwaaren-

Handlung

in gütige Erinnerung und bitte um geneigten Zuspruch. Empfehle Margarine, 60, 65, 70 und 75 Pf. pro Pfund.
2,75 Mk.] Herm. Schütt, Pirellstraße 44.

Achtung! Leipzig. Achtung!

Allen werthen Freunden und Kollegen bringe mein der Neuzeit entsprechend eingerichtetes

Restaurant „Bürgerbräu“

Leipzig, Kolonnadenstraße 23, in empfehlende Erinnerung. F. Speisen und Getränke. Zahlreichem Besuch freut entgegen
2,75 Mk.] Alfred Seifert.